

# i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 334

11. Mai 2005

11. Jahrgang

## "Die Untersuchungen sind mehr als ärmlich" - Nineth Montenegro zum Millionenbetrug im EMP

Noch zu Amtszeiten des vorherigen Präsidenten Alfonso Portillo wurde der *Präsidentiale Generalstab* (EMP) aufgelöst, eine dem Verteidigungsministerium untergeordnete Institution, in dessen Namen rund 100 Personen dafür abgestellt waren, sich um die Sicherheit - inklusive Leib und Wohl - des Präsidenten der Republik zu kümmern. Diese Aufgabe wird seitdem vom *Sekretariat für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten* (SAAS) ausgeübt.

Bereits während der Regierung der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) hatte sich die Abgeordnete der *Allianz Neue Nation* (ANN), Nineth Montenegro, der Supervision des Haushaltes im und der ominösen Geldüberweisungen an das Verteidigungsministerium und ans EMP gewidmet und reichte kurz nach Regierungswechsel im letzten Jahr eine erste entsprechende Klage ein, die jedoch keinen Erfolg zeitigte.

Im Verlauf des Jahres sind unterdessen eine Reihe von Personen auf mysteriöse und vor allem gewalttätige Weise zu Tode gekommen, vermeintliche Ermittlungen erklärten die Morde nicht selten mit dem allgemeinen Verbrechen, dem Drogenhandel oder Selbstmordtaten ohne der Tatsache Bedeutung zu schenken, dass all diese Personen auf die ein oder andere Art in Verbindung mit den nicht mehr zu leugnenden Abermillionen standen, die in den vier FRG-Jahren aus den beiden Militärinstitutionen verschwunden sind. Einige der Opfer hatten bereits als SchlüsselzeugInnen belastende Aussagen abgegeben.

In erster Linie klagt Montenegro auch in ihrer zweiten Klage vom Februar 2005 Ex-Präsident Portillo für seine Verantwortung an, daneben stehen seit letzter Woche auf der tatsächlichen Anklageliste der Staatsanwaltschaft neun Militärs und weitere Privatpersonen, die mittels Scheinfirmen und -dienstleistungen der militärischen Geldwäsche zur Hand gegangen sind. Überraschend schnell wurden bereits bis Ende der Woche die ersten drei der Verdächtigen festgenommen.

Im folgenden Interview vom 20. April - zwei Wochen vor der allerersten offiziellen und den Betrug konstatierenden Stellungnahme der Staatsanwaltschaft - äussert sich Nineth Montenegro zu dem Ermittlungsprozess und ihren eigenen Plänen.

*Frage: Sie haben bereits im letzten Jahr eine Klage hinsichtlich der Geldmacherschaften im Präsidentalen Generalstab (EMP) eingereicht, die jedoch nicht vorangekommen ist. Jetzt im Februar haben Sie es erneut versucht. Gab es inhaltliche Unterschiede in den Anklagen?*

Nineth Montenegro: Nein, was ich gemacht habe war, der Staatsanwaltschaft einen Bericht über den Umgang mit dem Etat im Verteidigungsministerium und im EMP während der vier Jahre der vorherigen Regierung einzureichen, denn unserem Urteil nach gab es schwerwiegende Ungereimtheiten, die von Seiten der Staatsanwaltschaft untersucht werden sollten. Meines Erachtens stellten diese die Verbindung her zwischen Geldwäschenetzwerken, dem Ministerium und dem EMP.

Daraufhin haben wir eine Strafanzeige erstattet gegen Autoritäten des EMP, denn wir haben ebenfalls herausgefunden, dass es um diesen Millionenbetrug herum zahlreiche Geisterfirmen gab, die in Fälle der Steuerhinterziehung verwickelt waren. Und es war notwendig, bis auf den Grund zu untersuchen, was in den Staatsnetzen vor sich ging.

Leider gab es keinerlei besondere Ermittlungen, obwohl wir Beweise vorgelegt haben darüber, wie mit Berufung auf das Militärgeheimnis der Fonds umgegangen wurde, zum Beispiel für Nahrungsmittel, Güter und Dienstleistungen und persönliche Ausgaben des Präsidenten, im Fall des EMP.

Meiner Meinung nach fehlt es an Interesse von Seiten der Staatsanwaltschaft, gegen die Verantwortlichen zu ermitteln und sie zu bestrafen.

*Frage: Und neben der Tatsache, inzwischen über noch mehr Beweise zu verfügen: Was hat sich an den äusseren vor- wie nachteilhaften Bedingungen in Bezug auf die Entwicklung des Prozesses verändert?*

N. M.: Ich glaube, die Bedingungen haben sich verschlechtert. Es bestand einen Moment lang grosses Interesse daran, den Generalstab und das Verteidigungsministerium zu säubern, aber ich habe den Eindruck, dass die neue Regierung die Absicht hat, diese Institutionen zu stärken und ihnen mehr Zuständigkeiten zuzuschreiben als der Zivilen Nationalpolizei selbst. Und das erschwert unsere Arbeit sehr.

*Frage: Auch wenn damals der direkte Zusammenhang zwischen dem "Fall EMP" und dem Ex-Präsidenten Alfonso Portillo negiert wurde: Welche Bedeutung hatten die Revision des Auslieferungsabkommens zwischen Mexiko und Guatemala etwa zur gleichen Zeit?*

N. M.: Die Auslieferungsvereinbarung besteht seit 1800, was gemacht wurde war, es an die aktuelle Situation anzupassen. Und dies hat überhaupt keine Bedeutung in Bezug auf Portillo, sondern man unterzeichnete einfach eine Vereinbarung zur Extradition in Bezug auf die Definition von allgemeinen Straftaten. Für mich hat das überhaupt keine Wirkung, ich sehe keinen Willen der aktuellen Regierung, um die vorherige zu sanktionieren. Ich glaube sogar, sie haben Re-

gelingen getroffen und sind in Gespräche eingestiegen. Das ist sehr bedauernd wert. Das ist für mich ein Motiv, das mich sehr enttäuscht hat. Denn die Arbeit ist sehr hart gewesen, die Ermittlungen waren schwierig, und zudem habe ich währenddessen gewisse Einschüchterungsversuche erhalten, damit wir nichts entdecken.

Mit den Beweisen, die wir eingereicht haben, mit den Rechtselementen, die wir erbracht haben, hätte man schon längst die Auslieferung von Portillo angeordnet haben müssen.

*Frage: Neben all den Vorwürfen gegen Portillo klagen Sie ihn zudem an, 48 Regierungsabkommen unterschrieben zu haben, mittels derer die Überweisungen an den Präsidentialen Generalstab getätigt wurden. Welches wäre denn der legale Rahmen gewesen, welche Befugnis hat der Präsident hinsichtlich von Regierungsabkommen?*

N. M.: Er hat durchaus Befugnisse. Die Sache in Kürze ist diese: Den Staatshaushalt genehmigt der Kongress. Der Präsident verletzt anschließend die Entscheidung der Abgeordneten, in dem der Etat weit über das Vereinbarte hinausgeht und damit verletzt er die Verfassung.

*Frage: Mit solchen Regierungsabkommen kann er also den Etat nicht modernisieren?*

N. M.: Doch, das geht schon, denn das ist eine interne Befugnis, über die er verfügt. Aber wenn wir das genau analysieren, ist es eine Verletzung des souveränen Willens des Kongresses.

*Frage: Mit Voranschreiten der Ermittlungen steigt die Summe der verschwundenen Gelder im EMP und Verteidigungsministerium stetig an. Welches ist die aktuelle geschätzte Höhe?*

N. M.: Im Moment sind es 588 Millionen Quetzales im EMP und 905 Millionen im Verteidigungsministerium.

*Frage: Es ist davon die Rede, dass auf Grundlage der vermeintlichen Quittungen des EMP Einkäufe über 1'671 Eier und 11 Flaschen Schottischen Whiskey täglich getätigt wurden. Wie ist es möglich, dass die Verantwortlichen tatsächlich davon ausgingen, mit solch offensichtlichen Fälschungen durchzukommen?*

N. M.: Weil das immer gemacht wurde. Das wurde leider in den vorherigen Regierungen gemacht und niemand hat damit gerechnet, dass sich irgendjemand darum schert. Aber den politischen Preis

dafür, mich in die Prüfung des EMP begeben zu haben, bin ich dabei, zu zahlen. Und der Preis ist sehr hoch und es gibt niemanden, der sich dazu aufrafft, sich dem zu stellen.

*Frage: Aber Sie machen das alleine?*

N. M.: Das mache ich allein und erhalte dafür Erniedrigungskampagnen, Schwarzkampagnen, Drohungen... und das hat mir eine Menge Schaden zugefügt, unter dem ich leide. Bedauerlicherweise.

*Frage: Und erhalten Sie Unterstützung von Seiten der Partei in dieser Angelegenheit?*

N. M.: Ich hab derzeit fast keine Partei, aus den gleichen Gründen. Aber ich beschwere mich nicht. Irgendjemand musste diese Arbeit machen und ich hab es halt getan. Aber worüber ich mich doch beklage ist, dass die Staatsanwaltschaft nicht schnell gehandelt hat.

*Frage: Und das Engagement in diesem Fall von Karen Fischer, der ehemaligen Staatsanwältin gegen Korruption? Arbeiten Sie zusammen?*

N. M.: Nein, nein. Es war gut, was sie gemacht hat, aber wir haben diesbezüglich nichts miteinander zu tun.

*Frage: Offensichtlich ist das meiste Geld des EMP in bar in der Bank von Guatemala, der BANGUAT abgehoben worden, und zwar mittels Schecks, von denen, wie gesagt wird, jeder Bankangestellte feststellen kann, dass sie Anomalien aufweisen. Nichtsdestotrotz widersprechen sich die jeweiligen Berichte grundlegend, die von der Bank selbst und der Nationalen Bankenaufsichtsstelle (CGGN) geschrieben. Wie erklären Sie sich das?*

N. M.: Diese Frage habe ich denen auch gestellt. Ich werde versuchen, der Sache im Mai, wenn die Kongress-Ferien anfangen, auf den Grund zu gehen. Denn es kann nicht sein, dass zwei so wichtige Institutionen über völlig widersprüchliche Daten verfügen, was natürlich die Ermittlungen sehr schwächt.

*Frage: Die CGGN scheint über die Originalschecks zu verfügen und die Bank hat Kopien vorgelegt. Kann es sein, dass es auf diesem Wege zu den Ungeheimheiten kam?*

N. M.: Laut CGCN-Chef sind die Originale mittels Rechtsbescheid eingezogen worden. Aber genaue Erklärungen für die

Widersprüche habe ich nicht. Auch wenn es die natürlich geben muss.

*Frage: Der Staatsanwalt gegen Korruption, Celvin Galindo, hält die Fälschungen für nebensächlich und priorisiert die Ermittlungen dessen, was tatsächlich mit dem Geld geschehen ist. Wie weit sind diese Untersuchungen bislang gekommen?*

N. M.: Von Seiten der Staatsanwaltschaft? Sie haben bislang keine besonderen Ermittlungen in Angriff genommen. Meines Erachtens sind die Untersuchungen mehr als ärmlich, vor allem von Seiten der Funktionäre. Die Staatsanwälte haben sich mehr engagiert und haben tatsächlich was getan. Einige haben daraufhin Morddrohungen bekommen, ein anderer ist gestorben, aber das ist nie untersucht worden. Und ich will es ganz deutlich sagen: Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den EMP sind inzwischen zehn Leute gestorben. Weil sie beteiligte Unternehmer waren, weil sie Fahrzeuge zur Verfügung gestellt haben oder Generalfinanzchef der EMP-Finanzen gewesen sind. Der Fall ist schwerwiegend, aber bislang bahnt sich trotz all der Toten keine Lösung an.

*Frage: Der Abgeordnete und ehemalige Präsident des Rechtsanwaltskollegs ist der Ansicht, dass die Autoritäten wahrscheinlich erst dann irgendwelche Massnahmen ergreifen, wenn alle ZeugInnen aus dem Weg geräumt sind.*

N. M.: Ich weiss auch nicht, worauf die Staatsanwaltschaft noch wartet. Ich glaube und beharre darauf, dass es ein Abkommen gegeben hat. Ich kann mich vertun, aber es gibt irgendetwas, was es unmöglich macht, den Fall gründlich aufzurollen.

*Frage: Und das Gesetz zum ZeugInnenschutz scheint auch keinen grossen Wert zu haben.*

N. M.: Ganz offensichtlich nein, zahlreiche ZeugInnen sind schliesslich schon ermordet worden.

*Frage: Stimmt es, dass dieses ZeugInnenschutzprogramm lediglich die Zahlung eines monatlichen Betrages an die Personen beinhaltet, die eine Aussage gemacht haben, aber auch nur solange, wie der Prozess läuft?*

N. M.: Ich kenne dieses Gesetz nicht *en detail*. Ich weiss nur, dass es nicht funktioniert. Das einzige, was ich diesbezüglich weiss ist, dass sie den Leuten helfen, das Land zu verlassen und ihre Identitäten zu schützen, aber ich glaube, selbst

das hat bislang nicht gut funktioniert.

*Frage: Es sind scheinbar sehr viele Institutionen in die Ermittlungen involviert. Beispielsweise hat die Staatsanwaltschaft gegen Korruption jetzt ein 10-köpfiges Team für den Fall ernannt, die Steuerprüfungsstelle, die Bankenaufsicht, das Innenministerium äussern sich zu der Angelegenheit. Sehen Sie irgendeine Effektivität in deren Engagement oder ist dieser scheinbare Aktionismus doch nur dafür da, eine Nebelwand aufzuziehen?*

N. M.: Meines Erachtens wird tatsächlich eine solche Nebelwand produziert, um gar nicht erst damit anzufangen, gründliche Ermittlungen durchzuführen. Aber niemand will sich darin verwickeln, die Mafias auszuheben.

*Frage: Und wie bewerten Sie die Positionierung der Medien in Hinblick auf diesen Fall?*

N. M.: Sie haben eine sehr grosse Unterstützung gewährt. Sie haben enthüllt, aufgedeckt und eine breite Unterstützung gegeben. Was nicht funktioniert, sind die autonomen Autoritäten. Ich werde im Mai die Staatsanwaltschaft und den spezifischen Richter kontaktieren, um zu sehen, was da los ist. Mal sehen, was sie mir erzählen.

*Frage: Im Moment sind Sie Abgeordnete der Allianz Neue Nation (ANN). Sie haben die internen Probleme in der Partei bereits erwähnt. Welche Pläne haben Sie?*

N. M.: Nun, die Situation für die Frauen ist so dramatisch. Die politische Frau in Guatemala hat nicht viele Möglichkeiten.

*Frage: Doch Sie selbst als Frau haben ja bereits viele Räume geöffnet!*

N. M.: Aber es gibt viele Leute, die diese schliessen wollen. Es gibt viele, die mich zunichte machen wollen, die mich zum Schweigen bringen wollen. In diesem Moment. Vor allem wegen dieser Ermittlungen habe ich viele Feinde, Zweifel. Es ist schwierig.

Ich glaube, dass ich mit Zufriedenheit meine Arbeit getan habe in dieser dritten Legislaturperiode, die ich zu Ende bringen werde, ich habe es mit Begeisterung und Engagement getan, denn mir gefällt, was ich mache, aber ich glaube, dass sich zur Zeit die Räume für die Frauen mehr und mehr schliessen und das hinterlässt uns ohne jegliche Chance.

*Frage: Ich kann mir jedoch vorstellen,*

*len, dass Sie so schnell nicht aufgeben!?*

N. M.: Ich weiss nicht. Es gibt einen Moment, in dem man auch ein bisschen an die eigene Gesundheit denken muss, inklusive der emotionalen. Glauben Sie mir, die Arbeit, die ich gemacht habe, hat mir eine Menge Probleme verursacht. Deswegen denke ich tatsächlich darüber nach, was jetzt das Richtige ist.

*Frage: Also denken Sie nicht an eine neue Kandidatur?*

N. M.: Nein, im Gegenteil. Mehr als nie denke ich sogar eher daran, mich zurückzuziehen. Ich hatte, so glaube ich, drei wichtige Kampagnen mit viel Unterstützung der Bevölkerung, aber ich möchte, auch wenn ich noch nicht alt bin, gut aufhören. Ich weiss nicht, ob ich weiterhin so viel „Abnutzung“ ertragen würde, die das alles mit sich gebracht hat. Ich weiss nicht, ich fühle mich nicht sehr motiviert, länger als bis Ende 2007 weiterzumachen, vornehmlich mit dem Wahlszenario, das sich ab dem nächsten Jahr abzeichnen wird. Genauso wenig hab ich den Eindruck, dass es viele Möglichkeiten für uns Frauen geben wird, obwohl gerade wir die Vorkämpferinnen gegen die Straflosigkeit gewesen sind und schon viele Tote gestellt haben.

Es tut mir leid, dass ich so pessimistisch klinge, aber so sehe ich derzeit eben das Ambiente.

*Frage: Denken Sie denn bereits in Alternativen, die gar nichts mit der Politik zu tun haben?*

N. M.: Darüber hab ich tatsächlich schon nachgedacht. Neben meinem juristischen Diplom habe ich einen Masterstudiengang in Politikwissenschaften absolviert. Davon war ich begeistert. Mir scheint, ich kann das bisschen, das ich weiss, in anderen Kreisen weitergeben. Nicht notwendigerweise nur in der Parteipolitik. Die Politik in Guatemala ist sehr schwarz, sehr dreckig, sie ist sehr korrumpiert, es gibt keine politischen Parteien und wir haben keine Alternativen. Und wenn wir versuchen wollen, diese zu schaffen, bekommen wir schnell Schläge. Also... Es gibt viele andere Sachen, die man machen könnte, wo ich weiterhin unterstützen könnte, nicht allein in der Politik.

*Frage: Inwieweit fühlen Sie sich denn noch mit der Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) verbunden, die Sie mitgegründet haben?*

N. M.: Immer. Ich bin innerlich verbunden mit der GAM, denn sie war mein Ursprung, dort sind die glaubwürdigsten

Menschen, die am stärksten von der Gewalt, der Repression Geschlagenen, die bescheidensten Menschen vom Land.

Genau an so etwas denke ich, an die Möglichkeit, eine Stiftung zu gründen, um Jugendlichen und Frauen zu helfen, sich zu informieren und fortzubilden. Das ist mein Zukunftsprojekt, über das ich nachdenke. Mich von der Politik zu entfernen, aber doch neue Generationen zu unterstützen, damit diese wissen, was wir erlebt haben und was sie machen können.

*Frage: Und woher haben Sie bislang all ihre Energie gewonnen, um alleine zu kämpfen?*

N. M.: Durch meine Verpflichtung. Jedes Mal, wenn ich an den Wahlen teilgenommen habe, habe ich viel Unterstützung in der Bevölkerung gefunden, und jedes Mal mehr. Und das stärkt meine Verpflichtung. Jede Stimme, die ich erhalten habe, ist keine simple Stimme. Es ist eine Guatemalteke/In, der/ die eine Hoffnung, Vertrauen hat und daran glaubt, dass man etwas machen kann. Und dieser Person gegenüber muss man seine Verpflichtung einhalten.

Aber meine Wahl- oder Parteiverpflichtung reicht bis zum Jahr 2007. Ab dann kann ich andere Sachen machen, die darauf abzielen, die Jugendlichen, die Frauen und die Nicht-Jugendlichen zu unterstützen, in Information und Fortbildung, und in erster Linie Indígenas.

*Dabei viel Erfolg und vielen Dank für das Gespräch!*

## ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**  
**Bankverbindung:**  
**Postbank Karlsruhe**  
**BLZ: 660 100 75**  
**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**  
**Aboverwaltung:**  
**Ewald Seiler**  
**Rahel-Varnhagen-Str. 15**  
**79100 Freiburg**  
**fijate@web.de**  
**Redaktion:**  
**Barbara Müller**  
**Christiane Treeck**  
**c-tree@gmx.net**  
**Jahres-Abo: 55.- €**  
**Auslands-Abo: 60.- €**  
**E-Mail-Abo: 50.- €**  
**Erscheinungsweise**  
**14-täglich.**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Alles neu macht der (1.) Mai?

Der 1. Mai wurde in Guatemala zum ersten Mal im Jahre 1921 als „Tag der Arbeit“ gefeiert. In der entsprechenden Erklärung hiess es: „Die Akzeptanz dieses Tages seitens der ArbeiterInnenklasse bedeutet, auch wenn das viele nicht verstehen wollen, dass unser Proletariat der weltweiten ArbeiterInnenbewegung die Hand reicht“.

Zwischen 1920 und 1930 entstanden in Guatemala mehr als 90 ArbeiterInnenorganisationen. Der Streik als ein Druckmittel der ArbeiterInnen gegenüber ihren Patronen war bis 1920 quasi unbekannt. Zwischen 1920 und 1926 jedoch wurden 19 Streiks durchgeführt.

Mit der Machtübernahme durch Jorge Ubico im Jahr 1931 begann eine erste Repressionswelle gegen die organisierten ArbeiterInnen. Während der 10 Jahre der guatemalteken Revolution (1944 – 1955) erholten sich die Gewerkschaften und erklärten den Regierungen von Juan José Arévalo und Jacobo Arbenz ihre volle Unterstützung. Mit dem Sturz von Arbenz begann jedoch erneut die Repression gegen alle, die sich irgendwie organisierten. Entsprechend hiess es z. B. in den Forderungen der katholischen Arbeiterjugend zum 1. Mai 1957: „Wir wollen soziale Gerechtigkeit, die mehr ist als ein miserables Almosen, das unter einer falschen Interpretation von Barmherzigkeit abgegeben wird. Wir wollen eine soziale Gerechtigkeit, die auf Liebe und Verständnis basiert.“

Die darauf folgenden Regierungen trugen mit ihrer jeweiligen Politik das Ihre dazu bei, dass diese Art von Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit „chronisch“ wurde. Am 1. Mai 1961 proklamierte die Gewerkschaft der Mechaniker und Metallarbeiter: „Wir kämpfen gemeinsam für eine bessere Zukunft, für bessere Lebensbedingungen, für die Senkung der Mieten, gegen zusätzliche Steuern, für mehr und bessere Schulen, für die Übersetzung des Landes an diejenigen, die es bearbeiten, für eine soziale Sicherheit, die jegliche Art von Risiken mit einschliesst.“

Der *Guatemaltekeische Gewerkschaftsrat* verbreitete am 1. Mai 1964 die Forderung nach einer Revision des Programms für sozialen Wohnungsbau, welches von ihm als fehler- und mangelhaft kritisiert wurde. Gleichzeitig lehnte er die Vorverurteilung der organisierten BäuerInnen und ArbeiterInnen als „subversive und kommunistische Elemente“ strikt ab.

1978 begann eine erneute Repressionswelle gegen die StudentInnen und ArbeiterInnen. So hiess es im *Guerilla-Bulletin Revolución popular* (Volksrevolution) zum 1. Mai jenes Jahres: „Dies ist nicht bloss ein weiterer 1. Mai, sondern

ein Ausdruck der historischen Avantgarde der ArbeiterInnen und ihres Kampfes“. Im Jahr 1983 erklärte das *Ejército Guerrillero de los Pobres* (EGP) anlässlich des 1. Mai ihren Kampf gegen die „nordamerikanische Intervention, die völkermörderischen Regierungen und gegen die Politik der Aufstandsbekämpfung“.

1987 forderte das *Komitee der BäuerInneneneinheit* CUC anlässlich des 1. Mai die Auflösung der Zivilpatrouillen sowie der Modelldörfer und insistierte auf das Recht auf ein würdevolles Gehalt und die Senkung der Lebenskosten. Weiter sprach es sich gegen die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung aus und forderte eine Erklärung über den Verbleib der Verschwundenen. Ferner hiess es im 1. Mai-Communiqué der CUC anno 1987: „Es sind nun 15 Monate vergangen seit die neue Regierung ihr Amt angetreten hat, ohne dass sie auch nur eins ihrer Versprechen eingelöst hätte“.

An der 1. Mai-Demonstration 2005 in der guatemalteken Hauptstadt nahmen gemäss Presseangaben mindestens 7'000 Personen teil. Die Hauptliegen waren bei fast allen teilnehmenden Gewerkschaften und Gruppierungen die Kritik am unterzeichneten Freihandelsabkommen TLC mit den Vereinigten Staaten

sowie das vor der Ratifizierung stehenden Konzessionsgesetz, das einer Privatisierung des öffentlichen Dienstes und der Staatsfunktionen gleichkommt (siehe ¡Fijáte! 333).

Die Gewerkschaft der zentralen Getränkeabfüllfabrik (STECSA) schreibt auf ihrem Flugblatt: „Aufgrund der Unfähigkeit der Regierung von Oscar Berger, der statt Präsident eines würdevollen Volkes, der Clown der nationalen und internationalen Presse und der Hampelmann der USA ist, rufen wir die Bevölkerung zu Einheit und Widerstand auf, um gemeinsam die Erfüllung der Versprechen der Wahlkampagne zu fordern.“

Der LehrerInnenblock *Silvio Matricardi* fordert eine laizistische, unentgeltliche, obligatorische und demokratische Schulbildung, während die Gewerkschaftsunion CGTG das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Kollektivverträge fordert und sich gegen die Erhöhung der Gehälter der Staatsangestellten aussprach.

Vergleicht man also die diesjährigen Forderungen der ArbeiterInnenbewegung zum 1. Mai mit denen der letzten 84 Jahre, kommt man zum Schluss, dass es statt „alles neu macht der Mai“ wohl eher „alle Jahre wieder“ heissen müsste.

## Schwarzbuch der Gewerkschaften

**Guatemala, 22. April.** Das Gremium der Gewerkschaftsunion CGTG, Mitglied in der *Zentralamerikanischen ArbeiterInnenföderation* CCT, präsentierte vor internationalen Instanzen ein so genanntes „Schwarzbuch“, Bezug nehmend auf die Tatsache, dass in Guatemala das Gewerkschaftsrecht permanent unterdrückt, eingeschränkt und entsprechende AkteurInnen verfolgt werden. In einer Pressekonferenz klagte José Pinzón, Generalsekretär der CGTG, angesichts der Kriminalisierung der Gewerkschaftsbildung sowohl in Guatemala als auch in den anderen zentralamerikanischen Ländern den Staat an, die Rechte der ArbeiterInnen zu verletzen, die in den internationalen Rechtsinstrumenten aufgeführt sind und von Guatemala unterzeichnet sind. Zudem zeigt laut Pinzón der Bericht der CCT das offensichtliche Streben der Regierung und des Privatsektors auf, jegliche Gewerkschaftsaktion in Opposition zu den Politikansätzen, die nicht die Mehrheit begünstigen, abzuwerten, zu paralisieren und zu zerschlagen.

Das Schwarzbuch beinhaltet einen Gewerkschaftsbericht aus jedem einzelnen Zentralamerikanischen Land und wird dem US-Senat, in Bezug auf den Freihandelsvertrag zwischen dem Isthmus und den USA (TLC) einflussreichen Instanzen und Persönlichkeiten sowie BeobachterInnen der Erfüllung internationaler Konventio-

nen und von Menschenrechten vorgelegt.

Die Betitelung des Dokumentes als „Schwarzbuch“ soll das so genannte „Weissbuch“ konterkarieren, das die Arbeits- und WirtschaftsministerInnen der Region in Washington präsentiert haben und in denen sie ihre Verpflichtung zur Einhaltung der von der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) eingeforderten Arbeitsrechte unterstreichen. In den Augen des Gewerkschafters sei dies jedoch eine einzige politische Show.

Allein die Ratifizierung des TLC in Guatemala, dessen Diskussion im US-Parlament und den übrigen zentralamerikanischen Ländern benachteiligten die Arbeits-, Gewerkschafts- und Sozialen Garantien. Zu diesem absehbaren Risiko summieren sich der fehlende politische Willen und das Interesse der einzelnen Länder, sich für die Wahrung der existierenden internationalen Mechanismen und Instrumente einzusetzen, manche hätten diese noch nicht einmal unterschrieben. In dem guatemalteken Berichtskapitel wird auch die bestehende Straflosigkeit in Bezug auf die Morde an den Gewerkschaftsführern Rolando Raquec und Luis Quinteros, das Attentat auf Marcos Álvarez Tzoc und Imelda López sowie den Diebstahl von Informationsarchiven der Bewegung aus dem Generalsekretariat der CGTC aufgeführt.

## Angriffe gegen RichterInnen

**Guatemala, 25. April.** In den letzten Monaten erhielten in Guatemala zahlreiche ExponentInnen des Justizsektors Morddrohungen, was den Obersten Gerichtshof (CSJ) dazu veranlasst hat, insgesamt 25 RichterInnen Sicherheitsschutz zu garantieren. Der Präsident des CSJ sowie dessen Sicherheitsverantwortlicher, Angel Conte Cojulún, erklärten, dass sich der Schutz nicht bloss auf Leibwächter und Fahrzeuge mit getönten Scheiben für die bereits bedrohten RichterInnen beschränke, sondern dass auch eine Schnelleingreiftruppe gebildet werde, die jederzeit in brenzligen Situationen zur Stelle sein könne. Sie gaben jedoch im selben Atemzug zu, dass es wohl eher schwierig sein würde, RichterInnen, die im Landesinnern arbeiten, auf diese Weise zu schützen. Insgesamt sollen 181 PolizistInnen abbestellt werden, um diesen Sicherheitsdienst zu leisten, was rund US-\$ 3,5 Mio. kostet.

Das Thema der Drohungen gegen RichterInnen und Justizpersonal erhielt neuen Zündstoff, nachdem am 23. April ein Richter höchster Kategorie von Chiquimula, José Víctor Bautista Orozco, frühmorgens beim Verlassen seines Hauses erschossen wurde. Das Gericht, für das

Bautista Orozco arbeitete, ist zuständig für Fälle, in denen es um Drogenhandel, Entführung, Ermordung, Geldwäsche, Bankraub etc. geht. Im Jahr 2002 war Bautista Orozco in die Verurteilung von 16 Agenten des unterdessen aufgelösten Anti-Drogen-Departements DOAN involviert, die der aussergerichtlichen Hinrichtung schuldig befunden wurden. Einer der aktuellen Fälle, die von Bautista Orozco behandelt wurden, ist der der Finca Corozo, Mazatenango im Departement Suchitepéquez, auf der Ende Januar im Rahmen gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen dem Besitzer, dem Sicherheitspersonal und den die Finca besetzenden BäuerInnen sieben Landarbeiter umgekommen sind. Gleichwohl geht man nicht davon aus, dass dieser Fall der Grund für die Ermordung des Richters ist.

Bautista Orozco ist der dritte Richter, der im Verlauf dieses Jahres umgebracht wurde. Nur drei Tage vor diesem Mord entkam José Antonio Meléndez Sandoval, Richter in Malacatán, San Marcos, einem Mordanschlag.

Gemäss Aussagen der Analystin Carmen Aida Ibarra von der *Stiftung Mirna Mack* sind diese Anschläge Ausdruck einer politischen Gewalt, ausgeübt von

Personen, die mit dem Drogenhandel und dem organisierten Verbrechen in Verbindung stehen und deren Ziel es ist, die Straflosigkeit aufrecht zu erhalten, ein Klima der Unregierbarkeit zu erzeugen und zu beweisen, dass der Staat unfähig ist, der Gewalt etwas entgegen zu setzen.

Die nationale Vereinigung der RichterInnen (ANJM) forderte, dass die rund US-\$ 14 Mio., die im Jahr 2003 bei einer Grossrazzia im Drogenbusiness beschlagnahmt wurden, ohne das bisher von offizieller Seite bekannt gegeben wurde, was mit diesem Geld geschehen soll bzw. ist, für die Sicherheit der RichterInnen eingesetzt werden.

Leopolodo Liu, Spezialrichter für Drohungen gegen Justizpersonal, schlug derweil vor, dass die Richter bei den Verhandlungen ihre Gesichter verdeckt halten sollen, damit ihre Identität verborgen bleibe und sie so vor Racheakten geschützt seien. Diese Massnahme wird jedoch von verschiedenen Seiten kritisiert und als ein Rückschritt im Demokratisierungsprozess des Justizwesens sowie als eine Verletzung der Verfassung bezeichnet. Die "gesichtslosen" Richter wurden während der Diktatur von Rios Montt eingesetzt um Massenprozesse durchzuführen.

## Gespaltene Opposition

**Guatemala, 4. Mai.** Spätestens seit den schlechten bzw. miserablen Wahlergebnissen der beiden linken Parteien *Allianz Neue Nation* (ANN) und *Nationale Revolutionären Einheit Guatemala* (URNG) bei den letzten Wahlen sind immer wieder Stimmen zu hören, die eine tiefgehende Veränderung innerhalb der linken Parteistrukturen und -hierarchien fordern. Während die URNG im Kongress irrelevant und auf Basisebene unaktiv ist, versucht die ANN sowohl auf der Kongress- wie auf der Basisebene neue Allianzen einzugehen.

Am 28. April kündigte der ANN-Abgeordnete Jorge Soto an, dass seit einigen Wochen eine neue ParlamentarierInnengruppe am entstehen sei, zusammengesetzt aus Leuten der gespaltenen ANN, VertreterInnen der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE), der URNG und Kongressabgeordneten, die aus ihren Parteien ausgetreten sind und sich unabhängig erklärt haben. Zusammen hätte diese neue Koalition 43 Kongressstimmen, womit sie sich laut Soto nach der Regierungspartei GANA zur zweitstärksten Kraft im Kongress entwickeln könnte.

Die Idee sei, eine Gegenkraft zur GANA und zur FRG zu bilden und zu verhindern, dass diese im Alleingang und ohne grössere Opposition Gesetze nach ihrem *Gusto* verabschieden könn-

ten. Offiziell werden soll die neue Koalition im August, nach der Sessionspause des Kongresses.

Darauf angesprochen, wollen die VertreterInnen der UNE und der URNG noch nichts von dieser Idee gehört haben, doch sprach sich die URNG-Abgeordnete Alba Estela Maldonado für einen politischen Dialog mit Gleichdenkenden aus. Für den ehemaligen Kongresspräsidenten und Ex-Mitglied der UNE, Rolando Morales, würde die Bildung eines solchen Oppositionsblockes das Kräfteverhältnis im Kongress positiv ausgleichen.

Schon seit letztem Oktober verfolgt die sich nicht mehr der ANN zugehörig fühlende Nineth Montenegro zusammen mit VertreterInnen verschiedener progressiver Organisationen, BürgerInnenkomitees, Intellektuellen und Studierenden ein neues politisches Projekt mit dem Namen *Encuentro por la Paz y la Democracia en Guatemala* – Zusammenkunft für den Frieden und die Demokratie in Guatemala. Nebst Montenegro gehören der Initiativgruppe dieses Projekts der Leiter der Mirna Mack-Stiftung, Gustava Meoño, Orlando Blanco vom *Kollektiv der sozialen Organisationen* (COS), der Analyst Alvaro Velásquez, Mitglieder der BürgerInnenkomitees Xelajú und weitere Personen an.

Am Wochenende des 7./8. Mai fand

in Zacapa das zweite Treffen des *Encuentro* statt, an dem rund 280 Personen teilnahmen. In der Presseerklärung dazu hiess es: "Das Hauptmotiv dieses Treffens ist die Suche nach einem politischen und zivilgesellschaftlichen Konsens, der breit, plural, interkulturell, demokratisch und progressiv ist und der zur Bildung einer Gesellschaft beiträgt, die auf Gerechtigkeit und Frieden baut." Weiter soll eine gemeinsame Agenda verschiedener Sektoren erarbeitet werden, um aktiv und längerfristig in die politische Realität des Landes einzugreifen.

Ein Ergebnis des Treffens ist der Beschluss, den politischen Aktionsrahmen in Form einer Partei und einer diese fundierenden Bewegung zu institutionalisieren. Genaue Pläne zur Umsetzung dieser Pläne werden in den nächsten Wochen erarbeitet. Ein Termin für den III. *Encuentro* steht derweil noch nicht fest.

Ein Problem, mit dem sowohl die Rest-ANN, die Rest-URNG, eine neue Oppositionspartei sowie die bereits bestehenden Kleinparteien zu kämpfen haben, ist die Tatsache, dass mit dem neuen Wahlgesetz, das im April vor einem Jahr verabschiedet wurde, als Grundvoraussetzung für die Teilnahme an Wahlen, die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder von 4'000 auf 17'000 erhöht wurde.

## Geschichtsaufarbeitung aus Guerilla-Perspektive

**Quetzaltenango, 5. Mai.** „Der Krieg in Guatemala. Bilder und ZeugInnenberichte aus einer rebellischen Perspektive“, lautet der Titel einer ca. 60-seitigen Broschüre, die in Quetzaltenango einem Publikum, das vor allem aus ehemaligen KämpferInnen der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) bestand, vorgestellt wurde. Mit Fotos aus den Guerillalagern und Utensilien wie Rucksäcke, Funkgeräte, Uniformen oder Hängematten wurde versucht, das Publikum in die damalige Zeit zurückzusetzen. Einzig die Waffen fehlten, um das Ambiente zu vervollständigen und dies mit Absicht, wie die Moderatorin des Anlasses erklärte, denn es gehe bei dieser Initiative der Geschichtsaufarbeitung nicht in erster Linie um eine Glorifizierung des bewaffneten Kampfes, sondern um die Geschichten und Erlebnisse, die Freuden und Sorgen der daran beteiligten Männer und Frauen und um ihre Visionen von einer gerechten Welt.

In einem ersten Teil der Veranstaltung berichteten die beiden Autoren von den Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert waren, um überhaupt die Interviews zu führen. Einerseits gab (und gibt) es in den eigenen Reihen Personen, die nicht damit einverstanden sind, dass diese Geschichten erzählt werden bzw. die nicht wollen, dass auch eine gewisse Selbstkritik am eigenen Handeln geübt wird. Es sei ihnen „von höchster Stelle“ seitens der URNG verboten worden, an diesem Projekt zu arbeiten, was sie gezwungen habe, einmal mehr klandestine Methoden anzuwenden, wie sie schmunzelnd erzählten. Nicht zuletzt deswegen hätten sie die Broschüre unter Pseudonym herausgegeben.

Auf der anderen Seite stellten die Autoren der Broschüre fest, dass es für viele der Interviewten das erste Mal war, über ihre Geschichte zu sprechen, was bei einigen der GesprächspartnerInnen Depressionen und grosse Trauer auslöste, mit der umzugehen für das Autorenkollektiv sehr schwierig war, weil es darauf nicht vorbereitet war. Ein grosser Vorteil war für sie hingegen, dass sie selber Mitglieder der Guerilla gewesen waren und die interviewten *Compañeras* und *Compañeros* ihnen deshalb ein spezielles Vertrauen entgegenbrachten.

Im zweiten Teil der Veranstaltung hatte das Publikum die Gelegenheit, die Broschüre zu kommentieren. Die Freude und Emotion darüber, dass aus den eigenen Reihen die Anstrengung unternommen wird, die Geschichte zu dokumentieren und die ProtagonistInnen zu Wort kommen zu lassen, war offensichtlich. Einer der Anwesenden regte jedoch an,

nicht nur die Erlebnisse der KämpferInnen festzuhalten, sondern auch andere Leute zu Wort kommen zu lassen wie z. B. die Flüchtlinge, die Leute, die sich in Widerstandsdörfern zusammenschlossen oder Personen, die auf zivile Weise die Guerilla unterstützten. Ein anderer, selber Ex-Kämpfer und heute Gemeinderat für die URNG, schlug vor, nicht nur über die Vergangenheit zu sprechen sondern auch über die Art und Weise, wie aktuell an einem besseren Guatemala gearbeitet wird. Ein Mädchen, Tochter von ehemaligen KämpferInnen, wünschte sich, dass solche Broschüren Teil des obligatorischen Schulstoffes sein sollten. In ihren Schulbüchern würde nur die offizielle, sprich staatliche Version des Krieges dargestellt.

Allgemein wurde die Bedeutung solcher Initiativen wie diese Broschüre oder die Möglichkeit von Zusammenkünften wie die Präsentation derselben betont und

das Autorenkollektiv wurde in seinem Plan bestärkt, weitere Publikationen zu veröffentlichen. Ein spezielles Verdienst dieses Autorenteam ist, dass es zusammengesetzt ist aus Mitgliedern der verschiedenen Guerilla-Kader, die die URNG bilden. Das Ziel ist entsprechend, nicht nur die Geschichte einer der Gruppierungen aufzuzeigen, sondern auch die Schwierigkeiten innerhalb der URNG und zwischen den verschiedenen Gruppierungen nicht zu verschweigen, die es immer gab und die bis heute andauern bzw. sich in einigen Bereichen und mit der Spaltung der Partei URNG sowie dem politischen Seitenwechsel ehemaliger Guerillamitglieder, verschärft haben. Dies führe zwar zu heftigen und teilweise schmerzhaften Diskussionen innerhalb des Teams, sei aber notwendig und ein wichtiger Teil der eigenen Geschichtsaufarbeitung, wie die beiden anwesenden Autoren betonten.

## Neuer Präsident der Organisation Amerikanischer Staaten

**Washington, 3. Mai.** Der chilenische Innenminister und Sozialist José Miguel Insulza wurde mit 31 von insgesamt 34 Stimmen zum neuen Generalsekretär der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) gewählt. Die Vereinigten Staaten scheiterten zum ersten Mal in der 57-jährigen Geschichte der OEA und konnten ihre Wunschkandidaten, zuerst den salvadorianischen Ex-Präsidenten Francisco Flores und später den Mexikaner Luis Ernesto Derbez, nicht durchsetzen.

Flores musste seine Kandidatur am 10. April zurückziehen, nachdem klar wurde, dass er gegen seine beiden Rivalen, Derbez und Insulza, keine Chance hatte. Danach unterstützten die USA Derbez und begannen, diplomatischen Druck auf die Mitgliedsstaaten der OEA und des CARICOM, des karibischen Handelsabkommens, auszuüben mit dem Ziel, Stimmen für „ihren“ Kandidaten zu gewinnen. Vergebens. Nach fünf Abstimmungen, bei denen keiner der beiden Kandidaten die notwendige Mehrheit der Stimmen erlangte, musste gemäss Reglement ein neuer Wahlgang durchgeführt werden, was Derbez dazu veranlasste, seine Kandidatur ebenfalls zurückzuziehen. Die Forderung der USA, dass sich beide Kandidaten zurückziehen sollten, wurde nicht beachtet und nach dem Rücktritt von Derbez sahen sich die USA gezwungen, ebenfalls den Chilenen zu unterstützen. Insulza erhielt vor allem von den Ländern Südamerikas starke Unterstützung.

Der Ausgang der OEA-Wahl und die

„Niederlage“ der USA bzw. ihres Wunschkandidaten, muss in einem breiteren Kontext gesehen werden: Mexiko und die USA lobbyierten an der kürzlich zu Ende gegangenen UNO-Menschenrechtssession in Genf für eine Verurteilung Kubas, die die Entsendung von UN-SonderbeobachterInnen beinhaltet und was vor allem in den südamerikanischen Ländern eine Solidaritätswelle für Kuba auslöste. Entscheidend war sicherlich auch, dass es mit Brasilien, Venezuela, Uruguay und jetzt auch mit den jüngsten Entwicklungen in Ecuador im südlichen Teil Amerikas eine Gruppe von Ländern gibt, die sich nicht mehr so leicht dem Diktat der USA unterwerfen. Auch die Proteste der Bevölkerung in den zentralamerikanischen Ländern gegen das Freihandelsabkommen mit den USA sind Zeichen wachsenden Widerstandes gegen die der Region aufgezwungene US-Politik.

Die Vereinigten Staaten sahen sich schliesslich gezwungen, Insulza nach seiner Wahl ihre „bedingungslose Unterstützung“ zu garantieren. Einzig Mexiko und Bolivien enthielten sich ihrer Stimme und Peru legte leer ein.

Im Falle Boliviens besteht ein historischer Streit um den Meereszugang, den das Land vor 126 Jahren an Chile abgeben musste. Peru seinerseits beschuldigt Chile, im Krieg zwischen diesem Land und Ecuador im Jahre 1995 Waffen an Ecuador verkauft zu haben, obwohl Chile als Vermittler in dem Konflikt agierte und „neutral“ hätte sein sollen